

Buchbesprechung: Herbert Dachs et al. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch

Sandner, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sandner, G. (2008). Buchbesprechung: Herbert Dachs et al. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. [Rezension des Buches *Politik in Österreich: das Handbuch*, von H. Dachs, P. Gerlich, H. Gottweis, H. Kramer, V. Lauber, W. C. Müller, E. Tálos]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(1), 122-123. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281486>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

ohne Rückschläge. Dies machen die vorliegenden Ergebnisse auch deutlich, wenn etwa die drastische Kehrtwende auf diesem Gebiet in den Niederlanden in den Blick genommen wird.

Wie wird in einer Demokratie Legitimität hergestellt angesichts der Tatsache, dass eine große Anzahl von Staaten Auslandswahlrechte zulässt? Welche Rechte können AusländerInnen in ihr Zielland mitnehmen? Ist es zulässig, einen wachsenden Teil der Population vom repräsentativen System zu exkludieren, indem man ihm das Wahlrecht vorenthält? Es geht den ForscherInnen vor allem auch um Fragen der politischen Theorie über Migration und Minderheitenrechte. „Over how many generations shall emigrants be allowed to transfer their nationality of origin to their descendants, even if these do not have genuine ties with that country, and how does this privilege compare with the reluctance of many Member States to grant voting rights to third country nationals who have resided in their territory for many years?“ (Perchinig/Bauböck 2006, 14).

Was die supranationale EU-Ebene angeht, sehen die AutorInnen nur wenige Anzeichen dafür, dass die einzelnen EU-Staaten bereit wären, auf diesem Gebiet die eigene Oberhoheit aufzugeben. Hier geht es um das „Eingemachte“, nämlich das Recht, zu in-, vor allem aber auch, zu exkludieren. Gemeinsame europäische Standards zur Regelung von Staatsbürgerschaft zu schaffen, wäre nach Ansicht der ForscherInnengruppe ein wirksamer Weg. Nicht durch die Aufoktroierung eines gesamteuropäischen Staatsangehörigkeitsgesetzes. Begonnen werden sollte eher mit einer schrittweisen Koordinierung bis hin zur Einrichtung einer EU-Kompetenz zur Einforderung europäischer Solidaritätsprinzipien bzw. der Ausschaltung diskriminierender Einbürgerungshürden: „Democratic countries of immigration should not only grant immigrants the opportunity to acquire nationality, but they also have a vital interest in encouraging them to do so. Common citizenship provides a reference point for solidarity in societies made up of people of diverse origins“ (Bauböck/Groenendijk/Waldrauch 2006, 33).

Manfred Oberlechner (Straßburg)

E-Mail: m.oberlechner@vebbas.at

LITERATURANGABEN

- Bauböck, Rainer/Bernhard Perchinig (2006). Evaluation and Recommendations, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality: Policies and Trends in 15 European States*, Volume 1, Comparative Analyses, Amsterdam.
- Bauböck, Rainer/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (2006). Introduction, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch. (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality: Policies and Trends in 15 European States*, Volume 1, Comparative Analyses, Amsterdam.
- Perchinig, Bernhard/Rainer Bauböck (2006a). Preface, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality, Policies and Trends in 15 European States*, Volume 2, Country Analyses, Amsterdam.
- Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) *POLITIK IN ÖSTERREICH*. Das Handbuch. Wien 2006, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1076 S., 86,00 EUR (64,00 EUR Paperback mit HörerInnenschein).
- Sammelbände wie dieses grundlegende Werk zur österreichischen Politik repräsentieren nicht nur nach außen den Forschungsstand, die Breite der Forschungsinteressen und die Erklärungskompetenz einer akademischen Disziplin, sondern positionieren diese auch innerhalb des wissenschaftlichen Feldes. Politikwissenschaft ist in Österreich ein vergleichsweise junges Fach, das erst 1971 zunächst in Wien und Salzburg als Universitätsdisziplin eingerichtet wurde. Fundierte Studien über das politische System der Zweiten Republik, die auch einen spezifisch politikwissenschaftlichen Ansatz verfolgten, erschienen folglich erst relativ spät. Das im Jahr 1974 vom derzeitigen Bundespräsidenten Heinz Fischer herausgegebene Werk „Das politische System Österreichs“ (es erschien im Europaverlag und erlebte insgesamt drei Auflagen) sollte für die ersten Generationen von Studierenden der Politikwissenschaft das entscheidende Nachschlage- und Orientierungswerk werden. Es bot auf rund 650 Seiten grundlegende Überblicksbeiträge zu verschiedenen Themenfeldern österreichischer Politik. Doch vieles, was heute längst selbstverständlicher Bestandteil politikwissenschaftlicher Forschung ist, fand darin noch keinen Niederschlag. Aufbau und Konzeption des Bandes, die auf das politische System der 1970er Jahre abgestimmt waren, wurden daher bald als veraltet und überholt erkannt. Zudem verbreiterte sich die im internationalen Vergleich zwar noch immer nicht sehr ausgeprägte, aber doch fortschreitende politikwissenschaftliche Forschung kontinuierlich. Dennoch dauerte es bis Anfang der 1990er Jahre bis acht österreichische Politikwissenschaftler das „Handbuch des politischen Systems Österreichs: Die Zweite Republik“ herausgaben. In seinem Umfang, seiner thematischen Breite und seiner wissenschaftlichen Qualität war es ohne Zweifel eine Neuheit auf diesem Gebiet. Seine letzte Neuauflage von 1997 erschien bereits in einer gründlich überarbeiteten und aktualisierten Fassung, doch besonders in den letzten Jahren war der Sammelband wegen der teils drastischen Veränderungen bei vielen der darin behandelten Themen nur mehr von eingeschränktem Nutzen.
- Im Jahr 2006 wurde nun unter dem Titel „Politik in Österreich. Das Handbuch“ eine neue Fassung dieses Werkes herausgegeben. Es weist gegenüber der Vorgängerpublikation eine teils modifizierte, vor allem aber erweiterte Struktur auf. Bis auf den mittlerweile verstorbenen Salzburger Ideengeschichtler Franz Horner zeichnen noch dieselben Herausgeber verantwortlich. Was dabei auffällt, ist zunächst zweierlei: Erstens sind von den drei

politikwissenschaftlichen „Standorten“ in Österreich (Wien, Salzburg, Innsbruck) nur die ersten beiden mit Herausgebern vertreten; zweitens repräsentieren in dieser Funktion nach wie vor ausschließlich Männer die österreichische Politikwissenschaft.

Das über 1000 Seiten zählende Werk ist in acht große Kapitel unterteilt, die jeweils in zahlreiche Unterkapitel gegliedert werden, und auf der Basis einer insgesamt sehr gut nachvollziehbaren Systematik angeordnet. Sie reichen von den Rahmenbedingungen und Kontexten österreichischer Politik (Geschichte, Wirtschaft etc.) über das Regierungs- und das Parteiensystem, untersuchen die Sozialpartnerschaft und die Politische Kultur und differenzieren insgesamt 13 verschiedene Politikbereiche, bevor sie sich der Außenpolitik und der regionalen Ebene der Bundesländer und Gemeinden widmen. 55 Beiträge werden von insgesamt 51 Autorinnen und Autoren verfasst und nicht zuletzt dies repräsentiert die Breite der Forschung zum politischen System Österreichs, auch wenn es nicht in allen Fällen gelungen ist, WissenschaftlerInnen mit einem eindeutig politikwissenschaftlichen Ansatz zu gewinnen.

Selbstverständlich ist es im Rahmen einer Rezension nicht möglich, auf alle Beiträge einzugehen und nur sehr vereinzelt können konkrete Artikel herausgegriffen werden. Ein beträchtlicher Teil der Beiträge sind überarbeitete und aktualisierte Fassungen der bereits in früheren Ausgaben des Handbuchs vertretenen Texte, wofür in manchen Fällen auch neue AutorInnen gewonnen wurden. Die Veränderungen und Erweiterungen bringen in jedem Fall einige Vorteile mit sich: Denn zum einen wurden einige wichtige thematische Lücken gefüllt, wozu etwa die Beiträge über Kulturpolitik (Marion Knapp) oder über Vergangenheitspolitik (Walter Manoschek/Thomas Geldmacher) zählen. Zum anderen konnten einige grundlegende Veränderungen österreichischer Politik deutlich herausgearbeitet werden, wie etwa der Beitrag zur Sozialpartnerschaft zeigt (Emmerich Tálos), bei dem deutlich wird, wie soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren ineinander greifen und ein scheinbares Kontinuum der österreichischen Politik beinahe zu einem Auslaufmodell umzuformen vermögen. Reagiert wurde aber auch auf die markanten Brüche in der Parteienlandschaft. Inwiefern es in diesem Zusammenhang gerechtfertigt war, den in den früheren Ausgaben des Handbuchs vorhandenen Aufsatz über die Kommunistische Partei (KPÖ) herauszunehmen und diese in einen allgemeinen Aufsatz über „Kleinparteien“ (Barbara Liegl) zu integrieren, ist fraglich. Denn im Gegensatz zu den anderen unter diesem Titel behandelten Parteien – dem Liberalen Forum und Franz Olahs Mitte der 1960er Jahre gegründeter Demokratischer Fortschrittspartei (DFP) – repräsentiert die KPÖ zweifellos mehr als ein Kurzzeitphänomen: Sie war nicht nur Gründungspartei der Zweiten Republik und in Regierung und Parlament vertreten, sondern existiert auch heute noch – in freilich nur mehr bescheidenem Ausmaß, aber mit

zumindest schwachen Anzeichen regionaler Revitalisierung.

Das generelle Bemühen um Aktualisierung und die Einbeziehung jüngster Entwicklungen in vielen der Aufsätze ist sicherlich positiv zu bewerten. Gleichzeitig stößt ein solches Unterfangen aber auch an unvermeidliche Grenzen, was besonders deutlich wird, wenn eine der großen Streitfragen der Sozialwissenschaften, nämlich jene nach deren Prognosefähigkeit, gewissermaßen implizit auf die Probe gestellt wird. Wenn Kurt Richard Luther beispielsweise schreibt, die FPÖ habe „in absehbarer Zeit“ keine Chance „die wahlpolitische Stärke der Phase des populistischen Protests“ zurückzuerobern, so kann diese Einschätzung bereits jetzt als widerlegt gelten. Denn immerhin erreichten die Freiheitlichen bei den Nationalratswahlen noch im Erscheinungsjahr des Handbuchs 11 Prozent der Stimmen, was immerhin knapp über dem Stand von 1986 (also dem Beginn der „populistischen Protestphase“) liegt – und das trotz Abspaltung des BZÖ und bei seither zumindest moderat ansteigender Tendenz, wie beinahe allen einschlägigen Umfragen entnommen werden kann.

Doch dessen ungeachtet: Das „Handbuch Politik in Österreich“, das fundiertes Sachwissen und klare Analysen miteinander verbindet, sollte in jedem Fall ein Lesepublikum erreichen, das über die politikwissenschaftliche community hinausreicht. Es kann wissenschaftlich Forschenden den Einstieg in ein Thema erleichtern und Studierenden notwendiges Grundlagenwissen vermitteln, aber beispielsweise auch politischen JournalistInnen eine fundierte Wissensbasis bieten und nicht zuletzt auch ein grundlegendes Buch für die politische Bildung insgesamt sein – und somit einen Beitrag zum notwendigen Abbaus der über Jahrzehnte angehäuften Defizite in diesem Feld leisten.

Günther Sandner (Wien)

E-Mail: guenther.sandner@univie.ac.at

Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.)

WECHSELWAHLEN. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung Bd. 30. Wien 2007, facultas.wuv, 330 S., 28,20 EUR.

Seit der Nationalratswahl 1994 hat Fritz Plasser gemeinsam mit Peter Ulram (für 1994, 1995 und 1999 mit wechselnden weiteren Mitherausgebern) jeweils im Folgejahr Sammelbände veröffentlicht, in denen die vergangene Wahl in Hinblick auf die WählerInnensoziologie, die jeweiligen Wahlkampagnen bzw. den Wahlkampfverlauf und dessen massenmediale Verarbeitung analysiert und in längerfristige Trends eingebettet wurde.¹ Dabei wurden jeweils auch über die unmittelbare Themenstellung hinausgehende Fragen des politischen Umfeldes, etwa des